

Antrag

der AfD-Fraktion

Finanzielle Atempause für Familien - Gebühren für die Kindertagesbetreuung in der kalten Jahreszeit aussetzen

Der Landtag stellt fest:

1. Durch die Dauerkrise der letzten Jahre, verbunden mit der derzeitigen Entwicklung der Energie- und Lebensmittelpreise, steht das Land Brandenburg vor einer nie da gewesenen sozialen Notlage.
2. Es bedarf daher sofortiger Maßnahmen, um die Verschärfung der Notlage in den bevorstehenden Herbst- und Wintermonaten zu verhindern.
3. Die Aussetzung der Gebühren für die Kindertagesbetreuung ist ein sofort wirksamer und unmittelbar spürbarer Beitrag, um Familien jetzt zu unterstützen.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gebühren für die Kindertagesbetreuung für den Zeitraum Oktober 2022 bis einschließlich Mai 2023 auszusetzen und die Kosten vollumfänglich zu übernehmen, um Familien aufgrund der aktuellen Energie- und Inflationskrise finanziell zu entlasten.

Begründung:

Den Familien im Land Brandenburg wurde bereits durch die Corona-Maßnahmenpolitik von Bund und Land ein erheblicher finanzieller Schaden zugefügt. Zudem leiden gegenwärtig alle Brandenburger unter den explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen. Die Zahl derer, die sich das tägliche Leben kaum oder überhaupt nicht mehr leisten können, wächst in besorgniserregendem Tempo an und hat längst den Mittelstand erreicht. Von den Preisexplosionen besonders betroffen sind vor allem jene Eltern von Kindern, die nicht unter § 17 Absatz 1a bzw. § 17a Absatz 1 KitaG fallen: Denn sie haben nicht nur mit den inflationsbedingten Mehrausgaben zu kämpfen, sondern müssen auch weiterhin monatliche Gebühren für die Kindertagesbetreuung in beträchtlicher Höhe entrichten.

Wie angespannt die finanzielle Situation vieler Familien bereits jetzt ist, lässt sich u. a. daran ablesen, dass offenbar immer mehr Eltern ihre Kinder von der Kita-Mittagsspeisung abmelden, weil immer weniger in der Lage sind, die anfallenden Extrakosten für die Verpflegung zu schultern. Dabei handelt es sich längst nicht mehr ausschließlich um einkommensschwache Familien, die allerdings berechtigt sind, ein kostenloses Mittagessen im Rahmen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) zu beantragen. Tatsächlich werde es laut Claudia Schiefelbein, Vize-Chefin der AWO Brandenburg, auch für jene Familien „heftig“¹, die aufgrund ihres Einkommens nicht anspruchsberechtigt im Sinne des BuT sind.

Bislang sind seitens der Landesregierung keine Entlastungsschritte bekannt, durch die Familien im kommenden Winter finanziell unterstützt werden könnten. Dabei sind im Koalitionsvertrag zahlreiche Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung vorgesehen, die - wären sie wie ursprünglich angekündigt umgesetzt worden - schon längst einen bedeutsamen Beitrag zur finanziellen Entlastung dieser Familien hätten leisten können. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang insbesondere an die Verschiebung der zweiten Stufe der Elternbeitragsfreiheit vorerst auf das Jahr 2023 sowie an das klägliche Scheitern der groß angekündigten Kitarechtsreform.

Angesichts der Kostenlawine, die nun auf die Familien zurollt, wäre ein Festhalten an den Gebühren für die Kindertagesbetreuung daher nicht nur unsozial, sondern Ausdruck einer ausgesprochen familienfeindlichen Politik. Denn hierdurch würde der schon heute begrenzte finanzielle Spielraum der Eltern während der Herbst- und Wintermonate nochmals deutlich eingeengt. Die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung wären zum wiederholten Male die Kinder. Das kann und darf den Familien nicht zugemutet werden.

Daher müssen unverzüglich Gegenmaßnahmen ergriffen werden, indem u. a. die Gebühren für die Kindertagesbetreuung ab Oktober 2022 bis vorerst einschließlich Mai 2023 ausgesetzt und die Kosten vollumfänglich durch das Land übernommen werden.

Dieser Schritt wäre ein sofort wirksamer und unmittelbar spürbarer Beitrag, um Familien endlich jene benötigte finanzielle Atempause zu verschaffen, auf die sie nach über zwei Jahren im Dauerkrisenmodus und mit Blick auf die noch bevorstehenden Belastungen so dringend angewiesen sind.

¹ Vgl. Mathias Hausding: „Eltern müssen sich auf höhere Kita-Beiträge einstellen“, in: *Märkische Oderzeitung – Frankfurter Stadtbote* (33/178) v. 02.08.2022, S. 1.